



TOP THEMA

Auf gesundes Arbeiten setzen

Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung befürworten nachhaltige Pflege

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD sieht weitreichende Änderungen für die Altenpflege vor. Unter anderem soll ein Sofortprogramm den Personalmangel in Pflegeeinrichtungen lindern. Hierfür sollen 8.000 zusätzliche Fachkraftstellen geschaffen werden. Zudem soll es erstmals verbindliche Instrumente der Personalbemessung geben. Berufsgenossenschaften und Unfallkassen begrüßen diese Pläne. Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung plädieren dafür, mehr Ressourcen für die Gesundheit bei der Arbeit in der Pflege bereitzustellen.

Es war einer der prägenden Momente des vergangenen Bundestagswahlkampfes: In der ARD-Wahlarena konfrontierte der junge Pfleger Alexander Jorde die Bundeskanzlerin mit dem Fachkräftemangel in der Kranken- und Altenpflege. Ein halbes Jahr später ist klar, dass es Änderungen für die Pflege geben wird. In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und SPD sich auf verschiedene Maßnahmen verständigt, um die Situation in der Pflege zu verbessern – dazu zählt mehr Personal.

„Es ist wichtig, dass in der Pflege etwas passiert“, sagt der Hauptgeschäftsführer der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), Prof. Dr. Stephan Brandenburg. Er empfiehlt, auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Blick zu nehmen. „Zusätzliche Stellen sind eine Chance, dass auch größere Zeitkontingente für Maßnahmen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes zur Verfügung gestellt werden können – nicht zuletzt auf dem Gebiet der Führung.“

Immer wieder zeigen wissenschaftliche Studien, dass Führung eine zentrale Rolle bei der Gesunderhaltung der Beschäftigten spielt. Darauf nehmen Berufsgenossenschaften und Unfallkassen auch in ihrer aktuellen Kampagne **kommitmensch** Bezug. „Damit Führungskräfte diese Rolle auch wahrnehmen können, benötigen sie allerdings Zeit, zum Bei-



Foto: Gina Sanders – Fotolia

Mehr Fachpersonal zu beschäftigen ist der erste Schritt. Zusätzlich müssen mehr Ressourcen für die Gesundheit der Pflegekräfte bereitgestellt werden.

spiel für Einzel- und Gruppengespräche und deren Vorbereitung“, so Brandenburg. „Dabei bietet die BGW vielfältige Unterstützung – unter anderem in Seminaren, Coachings und im Rahmen unserer Organisationsberatung.“ Wer die gesundheitsfördernde Führung bei der Personalbemessung nicht ausreichend berücksichtigt, vernachlässige einen wesentlichen Faktor für gesundes und zufriedenes Arbeiten in der Pflege. Zudem empfehle es sich, die Gesundheit der Beschäftigten als eigenen Indikator in die Führungsleitlinien von Pflegeeinrichtungen und in die Qualitätssicherung der Pflege einzubeziehen. Ferner sollte gesundes Arbeiten bereits in der Ausbildung gezielt vermittelt und gefördert werden. „Eine Wende in der Pflege ist möglich“, so Brandenburg. „Aber dafür braucht es unter anderem Rahmenbedingungen, die die Gesundheit der Beschäftigten im Berufsalltag als zentralen Wert definieren und entsprechend berücksichtigen.“

Web: www.bgw-online.de/positionspapier-pflege

STICHWORT

kommitmensch

Die Kampagne **kommitmensch** fördert eine Kultur der Prävention. Die sechs Handlungsfelder haben folgende Schwerpunkte:

- Führung
- Kommunikation
- Beteiligung
- Fehlerkultur
- Betriebsklima
- Sicherheit und Gesundheit als zentrale Werte

Mehr zur Kampagne:
www.kommitmensch.de

Was bringt eine europäische Sozialversicherungsnummer?



Foto: finecki - stock.adobe.com

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte im Herbst 2017 im Rahmen seiner Rede zur Lage der Europäischen Union auch das Arbeitsprogramm der Kommission bis Ende 2018 vorgestellt. Neben der Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde wurde dabei auch die Einführung einer einheitlichen europäischen Sozialversicherungsnummer (European Social Security Number, ESSN) vorgeschlagen. Sie würde laut EU-Kommission eine grenzüberschreitende eindeutige Identifizierung von Personen ermöglichen und soll vorhandene Instrumente ergänzen wie zum Beispiel das künftig operierende europäische elektronische Datenaustauschsystem für die Sozialversicherung EESSI (European Exchange of Social Security Information).

Von einer einheitlichen europäischen Sozialversicherungsnummer verspricht sich die EU-Kommission viel: Sie soll einen effektiven Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden ermöglichen, um Fälle von Missbrauch zu bekämpfen und Verwaltungsvorgänge für Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern. Zu der Initiative wird auf Ebene der Mitgliedstaaten, in europäischen Gremien sowie unter den nationalen Sozialversicherungseinrichtungen kontrovers diskutiert. Nicht zuletzt mögen diese Diskussionen dazu beigetragen haben, dass seitens der EU-Kommission die für März angekündigten Vorschläge im Rahmen des sozialen Fairnesspakets nun später im Laufe dieses Jahres vorgelegt werden sollen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Sozialversicherung haben in einem

gemeinsamen Beitrag zu einer öffentlichen Konsultation die Initiative generell begrüßt. Zugleich haben sie aber auch auf bestehende Hürden hingewiesen, zum Beispiel auf die Frage der rechtlichen Grundlage und die Situation im deutschen Recht, insbesondere der Datenschutz. Im Detail wird der Mehrwert seitens der Sozialversicherungsträger unterschiedlich eingeschätzt. In DGUV Kompakt beziehen der GKV-Spitzenverband, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung Position.

Öffentliche Konsultation zu einer Europäischen Arbeitsbehörde und einer ESSN

Stellungnahme der Deutschen Sozialversicherung vom 4. Januar 2018

Web: <http://dsv-europa.de> > Positionspapiere

„Die Diskussion ist richtig und wichtig“

Die jetzt begonnene Diskussion um eine europäische Sozialversicherungsnummer ist richtig und wichtig. Der europäische Gesetzgeber würde mit der ESSN administrativ und technisch nachvollziehen, was viele EU-Bürgerinnen und -Bürger bereits selbstverständlich leben: Mobilität innerhalb der EU-Grenzen. Eine ESSN könnte nicht nur die Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Behörden erleichtern, sondern auch helfen, Personen und ihre Ansprüche auf Sozialleistungen schneller zu identifizieren. Die gesetzliche Krankenversicherung plädiert dafür, dass die ESSN zusätzlich zu den nationalen Versicherungsnummern vergeben und mit einer Übergangsfrist umgesetzt wird. Ohne eine solche Übergangszeit entstünden ansonsten unnötige Kosten,

„Ein Mehrwert ergibt sich dann, wenn Versicherte und Versicherungsträger von technischen Lösungen profitieren.“

Dr. Doris Pfeiffer

da z. B. für über 70 Millionen Versicherte eine neue europäische Versichertenkarte produziert werden müsste. Zwingend notwendig wäre auch abzusichern, dass bestehende Infrastrukturen (z. B. Telematik, elektronischer Austausch europäischer Sozialversicherungsdaten oder eine europäische E-Health-Infrastruktur) einbezogen und Doppelstrukturen vermieden werden. Ein Mehrwert ergibt sich für die gesetzliche Krankenversicherung dann, wenn Versicherte und Versicherungsträger von technischen Lösungen profitieren. In dieser Richtung wird die gesetzliche Krankenversicherung die weiteren Schritte der Europäischen Kommission beratend begleiten.

Foto: Tom Maelisa/GKV



Dr. Doris Pfeiffer
Vorstandsvorsitzende des
GKV-Spitzenverbandes

„Eine ESN hat Potenzial“

Die Mobilität von Arbeitskräften macht innerhalb des europäischen Binnenmarktes immer seltener an den Landesgrenzen halt. Beschäftigte suchen sich ein neues Tätigkeitsfeld in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder werden von ihrem Arbeitgeber für eine begrenzte Zeit dorthin entsandt. Die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit gewinnt damit stetig an Bedeutung. Zusätzliche Impulse ergeben sich aus der Digitalisierung. Vor diesem Hintergrund ist das Projekt EESSI ein wichtiger Meilenstein. Künftig werden wir Informationen mit unseren europäischen Partnern digital austauschen. Dabei werden die betroffenen Personen jedoch noch mittels einer Vielzahl an nationalen Versicherungsnummern identifiziert. Eine einheitliche europäische So-

„Eine europäische Sozialversicherungsnummer könnte dazu beitragen, Fehler und Verzögerungen zu vermeiden.“

Gundula Roßbach

zialversicherungsnummer könnte dazu beitragen, Fehler und Verzögerungen zu vermeiden. Vorstellbar ist auch eine elektronische Prüfung des Versicherungsstatus. Derzeit wird bei Entsendungen die Zugehörigkeit zur Sozialversicherung im Herkunftsstaat noch mit einem Papierformular bescheinigt. Ideen für die Verwendung einer europäischen Sozialversicherungsnummer gibt es viele. Bestehende Versicherungsnummern können jedoch nicht ersetzt werden, weil sie in nationalen Verfahren fest etabliert sind. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, die Abläufe effizient und kundenfreundlich zu gestalten. Die Initiative der Kommission gibt hier einen wichtigen Impuls.

„Auf das, wie“ kommt es an!“

Die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer ist ein Vorschlag mit Potenzial: Mithilfe der Nummer oder eines „digitalen Identifiers“ könnte beispielsweise jenseits der Landesgrenzen der Sozialversicherungsstatus zügig überprüft werden. Für die gesetzliche Unfallversicherung könnte es etwa bei Entsendungen im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen von Interesse sein, über die Nummer schnell nachvollziehen zu können, wo Beschäftigte zum Beispiel des Baugewerbes oder des Nahrungsmittel- und Gaststättengewerbes versichert sind, um mit den zuständigen Behörden in Verbindung zu treten. Wenn es um Verfahren etwa der Leistungsgewährung in grenzüberschreitenden Fällen geht, ist jedoch die Identifizierung einer Person mit dem hierfür vorgesehenen Austausch-

„Eine ESN würde die Kommunikation der Behörden untereinander vereinfachen.“

Dr. Joachim Breuer

system EESSI auch ohne europäische Sozialversicherungsnummer möglich. Das Ziel einer Verfahrensbeschleunigung wäre nur mit einer Online-Abfrage zum Versicherungsschutz oder Leistungsbezügen zu erreichen. In diesem Zusammenhang und unter dem Schlagwort „Digitalisierung der Verwaltung“ könnte die ESN eine große Rolle spielen. Sie würde die Kommunikation der Behörden untereinander vereinfachen und sicherer machen. Dies brächte auch für die Versicherten viele Vorteile. Für diesen großen „Wurf“ ist allerdings der Zugriff auf die (Sozial-)Daten der Sozialversicherungszweige notwendig. Dies ist aber mit der bestehenden Rechtslage noch nicht vereinbar.

ZUM THEMA

Studie: Gewalt gegen Rettungskräfte

Betrunkene wehren sich gegen Hilfe oder Familienangehörige versperren den Weg zum Rettungswagen – wenn Rettungskräfte im Einsatz behindert oder beschimpft werden, dann sind das keine Einzelfälle. Um das tatsächliche Ausmaß der Gefährdung zu ermitteln, hat die Unfallkasse NRW gemeinsam mit Partnern eine qualitative Studie zur Gewalt gegen medizinisches Rettungsdienstpersonal bei der Ruhr-Universität Bochum in Auftrag gegeben. Das Fazit: Die Rettungskräfte fühlen sich nur unzureichend auf Konflikte vorbereitet und sind mit der Situation oft überfordert. Sie wünschen sich gezieltere Angebote in der Aus- und Weiterbildung.

Abwehren, Wegschubsen oder Anspucken – das sind häufige aggressive Übergriffe gegen Rettungskräfte. Strafrechtlich sind sie nicht relevant. Von Erfahrungen mit mindestens einem solch gewalttätigen Übergriff berichten 59 Prozent der Befragten. Opfer von tatsächlicher körperlicher, strafrechtlich relevanter Gewalt wurden 27 Prozent aller Befragten in den letzten 12 Monaten. 98 Prozent der Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen haben verbale Gewalt in diesem Zeitraum erlebt.

Ziel der Befragung war es, eine wissenschaftliche Grundlage für eine zielgerichtete Prävention und für den Schutz der Beschäftigten im Rettungsdienst zu schaffen. Die Studie macht deutlich, dass über die Hälfte der befragten Rettungskräfte weder auf verbale noch auf gewalttätige Übergriffe vorbereitet sind. Daher empfiehlt das Forschungsteam, dass angehende Rettungskräfte Schulungs- und Trainingsprogramme zur Deeskalation und zu „körperschonenden“ Abwehrtechniken bereits in der Ausbildung durchlaufen. Auch Weiterbildungsseminare sollten vermehrt angeboten werden. Rettungsdienste sollten darüber hinaus Nachsorgekonzepte für gewalttätige Übergriffe und psychisch belastende Ereignisse entwickeln und etablieren.

Web: www.unfallkasse-nrw.de

› Webcode: N1254



Gundula Roßbach
Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund



Dr. Joachim Breuer
Hauptgeschäftsführer der DGUV

„topeins“ Das Magazin für Führungskräfte



Wie können Führungskräfte die Arbeit für die Beschäftigten und für sich selbst gesund und sicher gestalten? Welche Pflichten müssen sie erfüllen, welche Aufgaben können sie delegieren? Das Themenfeld Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit umfasst viele unterschiedliche Aspekte. Das neue Führungskräfte-Magazin der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen „topeins“ sorgt für den Durchblick. Mit einem Mix aus Fachbeiträgen, Interviews und Meldungen greift das Magazin praxisnah und branchenübergreifend Themen auf, die Führungskräfte bei gesunder und sicherer Führung unterstützen. Das Ziel ist die nachhaltige Etablierung einer Präventionskultur in allen Unternehmen und Einrichtungen. Das Magazin erscheint sechs Mal im Jahr und ist ein Angebot von einigen Berufsgenossenschaften und Unfallkassen für ihre Mitgliedsbetriebe. Das Magazin steht online kostenfrei zur Verfügung.

Web: www.https://topeins.dguv.de

MELDUNG

Perspektive durch soziale Sicherheit

Die Studie „Soziale Sicherung als Alternative zur Migration“ der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn hat untersucht, wie die soziale Sicherheit in einem Land die Flucht- und Migrationsentscheidung beeinflusst. Die Studie belegt eindeutig, dass soziale Sicherung Migration sowohl fördern als auch hemmen kann. Insbesondere die Ausgestaltung und die Kapazität der sozialen Sicherungssysteme in den Herkunftsländern spielen eine wichtige Rolle. Der Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen, der Umfang und die Reichweite sozialer Sicherung sowie die Höhe entsprechender Staatsausgaben sind eng mit der Auswanderungsrate verknüpft. Die von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) initiierte und von der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) unterstützte Studie



Foto: FiledIMAGE/stock.adobe.com

Ein soziales Sicherheitsnetz kann für Grundstabilität in den Herkunftsländern sorgen.

empfiehlt daher „Soziale Sicherung“ als einen Kernbereich möglicher Maßnahmen in die Entwicklungspolitik strategisch einzubinden. „Soziale Sicherung kann langfristig dazu beitragen, Migration zu verhindern. Sie ist die Grundlage stabiler Gesellschaften, die wiederum erst den Aufbau funktionierender Staaten ermöglichen“, sagt Dr. Gregor Kemper, Leiter des Bereichs Internationale Beziehungen der DGUV.

Web: www.gvg.org > Positionen und Termine > Schriftenreihe

TERMINE

17. – 18. April 2018
Internationales Symposium:
„Aufsicht und Beratung in Zeiten
von Vision Zero“
HAMBURG
www.visionzero.global/de

25. April 2018
Kick-off der Kampagne „Gesunde
Arbeitsplätze – Gefährliche Substanzen
erkennen und handhaben“
DORTMUND
www.baua.de > Alle Veranstaltungen

29. April – 4. Mai 2018
The 32nd International Congress on
Occupational Health
DUBLIN, IRLAND
www.osha.europa.eu/de

ZAHL DES MONATS

27124 ...

... meldepflichtige Schülerunfälle im Straßenverkehr im Jahr 2016 waren Fahrradunfälle. Mit 45 Prozent waren die Fahrradunfälle im Berichtsjahr die häufigsten Straßenverkehrsunfälle in der Schüler-Unfallversicherung.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Dr. Joachim Breuer (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand
Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte
Chefredaktion: Gregor Doecke, Kathrin Baltscheid, DGUV, Glinkastr. 40, 10117 Berlin
Redaktion: Kathrin Baltscheid, Stefan Boltz, Katharina Dielmann, Jan-Peter Schulz
Grafik: Christoph Schmid, www.christophschmid.com
Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin
Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

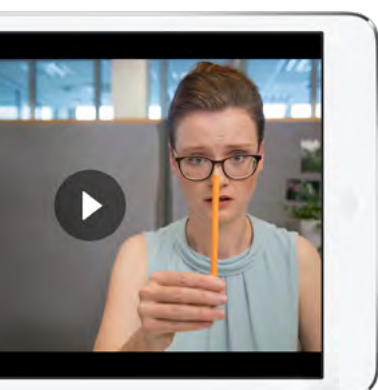
FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER

@DGUVKompakt

Nachrichten live aus der Redaktion:
www.twitter.com/DGUVKompakt

Kontakt

KOMPAKT@DGUV.DE
WWW.DGUV.DE/KOMPAKT



„Austicken ist so 90er“

Cholerische Chefs, die wegen eines abgebrochenen Bleistifts ausrasten, braucht niemand. Gemeinsam für eine faire Fehlerkultur! Das ist die Botschaft des neuen Social-Media-Clips „Der Bleistift“ im Rahmen der Präventionskampagne [kommmitmensch](http://kommmitmensch.de).

Web: www.kommmitmensch.de